Vereinbarung zur Aufhebung der Zweckvereinbarung über die Einrichtung eines gemeinsamen Vollstreckungsaußendienstes

Zwischen der Verbandsgemeinde Bruchmühlbach-Miesau und dem Landkreis Kaiserslautern wird aufgrund des § 107 Absatz 1 der Gemeindeordnung (GemO) vom 31. Januar 1991 (GVBl. S. 153) in der zur Zeit geltenden Fassung und den §§ 19 Absatz 4 und 20 Absatz 4 des Landesverwaltungsvollstreckungsgesetzes (LVwVG) vom 8. Juli 1957 (GVBl. S. 101) in der zur Zeit geltenden Fassung und der § 12 Absätze 2 und 5 des Landesgesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (KomZG) vom 22. Dezember 1982 (GVBl. S. 476) in der zur Zeit geltenden Fassung, nachstehende Vereinbarung geschossen:

§ 1 Aufhebung der Zweckvereinbarung

Die Zweckvereinbarung zwischen dem Landkreis Kaiserslautern und der Verbandsgemeinde Bruchmühlbach-Miesau über die Einrichtung eines gemeinsamen Vollstreckungsdienstes vom 21.02.2011 wird im beiderseitigen Einvernehmen mit Wirkung zum 30.09.2017 aufgehoben.

§ 2 Abwicklung

Die bis zum 30.09.2017 erteilten Vollstreckungsaufträge werden bis zum Ende der Erledigung entsprechend der Zweckvereinbarung abgerechnet. Die bis zum 31.12.2017 nicht abgeschlossenen Vollstreckungsaufträge werden mit einem Vermerk über den Bearbeitungsstand an die Verbandsgemeinde Bruchmühlbach-Miesau zurück gegeben.

§ 3 Öffentliche Bekanntmachung

Die Aufhebung der Zweckvereinbarung wird am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung durch den Landkreis Kaiserslautern und die Verbandsgemeinde Bruchmühlbach-Miesau wirksam.

Kaiserslautern, den

Bruchmühlbach-Miesau, den

Landrat
Paul Junker

Bürgermeister
Erik Emich